



## KOMMISSION 2

### Grund- und Sozialrechte, Zivilgesellschaft

#### Erste Lesung

#### Minderheitsbericht *Art. 233 (Transparenz Finanzierung Politik)*

Unterzeichnende:

- Céline Ramsauer (Appel citoyen)
- Caroline Reynard (Parti socialiste et gauche citoyenne)
- Johann Rochel (Appel citoyen)
- Georges Vionnet (Les Verts et citoyens)

30. Juni 2021

## A. Einleitung, allgemeine Erwägungen

Alle Mitgliedsstaaten des Europarates ausser der Schweiz haben eine Gesetzgebung zur Finanzierung des politischen Lebens. Seit 2011 fordert die GRECO (Groupe d'Etats contre la corruption)<sup>1</sup>, die die Schweiz angehört, dass die Schweiz eine ähnliche Gesetzgebung verabschiedet. Die Kantone Genf, Tessin, Neuenburg und Freiburg haben Verfassungsartikel zur Transparenz und entsprechende Gesetze verabschiedet. In den Kantonen Schaffhausen, Schwyz und Jura müssen die verabschiedeten Verfassungsartikel auf Gesetzesstufe noch umgesetzt werden. Die Parlamente der Kantone Waadt, Bern und Zürich befassen sich mit diesem Thema. Im Juni 2021 hat das Bundesparlament einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» angenommen. Nach dem endgültigen Text müssen die politischen Parteien sämtliche Spenden, die den Wert von mehr als 15'000 Franken überschreiten, offenlegen. Organisatoren von Wahl- und Abstimmungskampagnen haben ihre Finanzierung offenzulegen, wenn sie mehr als 50'000 Franken ausgeben.

Diese Veränderungen weisen alle in die gleiche Richtung: Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr Transparenz in der Politik. Diese Diagnose wurde durch die Öffentliche Vernehmlassung des Walliser Verfassungsrates bestätigt. 76% der Teilnehmenden (Öffentlichkeit)<sup>2</sup> und die Mehrheit der politischen Parteien des Wallis<sup>3</sup> wollen eine Verfassung, die die konkreten Elemente festlegt, die veröffentlicht werden müssen, um echte Transparenz in der politischen Finanzierung zu erreichen.

## B. Vorschläge und Erwägungen der Minderheit

Die Demokratie leidet unter einem Mangel an Vertrauen der Bevölkerung in ihre Institutionen und Behörden. Die Verabschiedung eines klaren Verfassungsartikels und einer präzisen Gesetzgebung zur Finanzierung der Politik ist ein Teil der Lösung für dieses Problem des Vertrauensverlustes. Die von der Mehrheit der Kommission angenommene knappe Fassung wird diesem Ziel nicht gerecht. Wie hier vorgeschlagen, sollte die Verfassung stattdessen die wichtigsten Grundsätze der Transparenz festlegen (allgemeines Prinzip, Transparenz für Parteien, Transparenz für Gewählte). Dieser Vorschlag würde eine verfassungsrechtliche Grundlage für den Gesetzesentwurf bieten, der derzeit vom Walliser Grossen Rat in die Vernehmlassung geschickt wurde. Die Kantonsverfassung würde dann der Rolle der allgemeinen Grundsätze, die der Gesetzgeber umzusetzen hat, perfekt gerecht werden.

Die Minderheit der Kommission 2 möchte daher der grossen Mehrheit der Teilnehmenden an der öffentlichen Vernehmlassung folgen, indem sie versucht, die freie Meinungsbildung zu gewährleisten und das Vertrauen des Walliser Volkes in seine Institutionen und Behörden wiederherzustellen.

### 1. Artikel 233 Transparenz der Finanzierung des politischen Lebens

Die Minderheit der Kommission schlägt dem Plenum folgende Änderung von Artikel 233 vor:

#### **Art. 233 Transparenz der Finanzierung des politischen Lebens**

<sup>1</sup> Die Transparenz der Finanzierung des politischen Lebens ist gewährleistet.

<sup>2</sup> (neu) Die politischen Parteien sind verpflichtet, ihre Jahresbudgets und –rechnungen und die Kampagnenbudgets und –rechnungen offenzulegen, sowie die Identität der Personen, die sich massgeblich an ihrer Finanzierung beteiligt haben.

<sup>3</sup> (neu) Die gewählten Mitglieder der kantonalen Behörden veröffentlichen zu Beginn des Kalenderjahres die Einnahmen, die sie aus ihrem Mandat sowie aus den mit ihrem Mandat verbundenen Tätigkeiten beziehen.

<sup>4</sup> (neu) Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Die Berichterstatterin der Minderheit: **Céline Ramsauer**

<sup>1</sup> <https://www.humanrights.ch/fr/pfi/droits-humains/démocratie/transparence-financement-partis-politiques>, besucht am 26.06.2021.

<sup>2</sup> Analyse der Ergebnisse des Fraghogens des Verfassungsrates – Ergebnisse der Befragung der Walliser Bevölkerung, Roland Schegg, Maya Simon et Melanie Wyrer, April 2021, HES-SO Valais-Wallis

<sup>3</sup> Synthesebericht der Vernehmlassung der institutionellen Akteure, S.18, April 2021, Verfassungsrat des Kantons Wallis